

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsgeldern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, rein Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 12. Dezember 1928 Nummer 289

Das Geheimnis von Lugano

Preis der Räumung: Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen / Giftgasdebatte im Reichstag
Der sächsische Bürgerblock plant Geschäftsordnungs-Knebelung der Kommunisten im Landtage

Enthüllungen der Kölnischen Zeitung

Eines der einflussreichsten Organe der deutschen Bourgeoisie, die Kölnische Zeitung, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 11. Dezember einen Leitartikel unter der Überschrift „Koppel und Kuppel“, der eine einzige Bestätigung der von der kommunistischen Presse veröffentlichten alarmierenden Tatsachen über die Kriegsvorbereitungen des englisch-französischen Imperialismus ist. Wenn der Artikel daher für die Leser der kommunistischen Presse auch nichts neues enthält, so ist die Tatsache, daß das größte Organ der Großbourgeoisie den Plan, Deutschland für den Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen, offen zugibt, von umso weittragenderer Bedeutung. Die Kölnische Zeitung schreibt:

„Zuverlässigen Nachrichten zufolge soll Chamberlain die Absicht haben, bei den in Lugano beginnenden Besprechungen über die Räumung diese Frage mit der deutschen Politik gegenüber Rußland zu verknüpfen, also eine Zustimmung zu dem Abzug der französisch-englischen Truppen davon abhängig zu machen, daß Deutschland seine Beziehungen zu Rußland mehr oder weniger abbricht; das hieße also die Befreiung des Rheinlands gegen englische westpolitische Interessen verknüpfen und versuchen, aus der Haut Deutschlands Niemen zu schneiden, mit dem Rußland geschnitten werden soll. Man wäre verführt an einen Scherz zu glauben, wenn nicht Beobachtungen in der Vergangenheit und vor allem bestimmte Tatsachen der unmittelbaren Gegenwart solch eine Verknüpfung der Verhandlungen der Rheinandrängung mit der englischen Westpolitik durchaus denkbar machten.“

Nachdem die Meldungen über die Kriegsvorbereitungen des Generals Le Rond, die rumänisch-ungarische Annäherung usw. bestätigt werden, fährt die Kölnische Zeitung fort:

„Trifft die Nachricht über Chamberlains Absicht zu, so will er also die Gelegenheit der Rheinandrängung wahrnehmen, um auch Deutschland zwangsweise in die rußlandfeindliche Front zu pressen und es mit der Fortdauer der Besetzung zu belasten, wenn es sich nicht gefügig zeigt.“

Die Kölnische Zeitung lehnt die Verbindung der Rheinandrängung mit der Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront ab. Aber aus welchem Grunde? Einfach weil die Rheinandrängung kein genügend hoher Preis für den Abbruch der Beziehungen zu Sowjetrußland ist. Die deutsche Großbourgeoisie stellt durch ihr Sprachrohr, die Kölnische Zeitung, mit einer bisher beispiellosen Offenheit die Frage: „Was wollt ihr zahlen?“ Die Kölnische Zeitung schreibt:

Der Abbruch der Beziehungen zu Rußland würde für Deutschland den Verlust eines bedeutenden Absatzmarktes mit sich bringen, mit Hilfe dessen es die Entschädigungszahlungen erarbeitet. Wollen Frankreich und England die Entschädigungszahlungen entsprechend ermäßigen? Wollen sie die Löhne für die Arbeiter zahlen, die an Lieferungen für Rußland arbeiten? Wollen sie die Zollschranken abbauen, damit Deutschland in der Lage ist, seine Erzeugnisse bei ihnen abzusetzen und so die Möglichkeit hat, die Entschädigungszahlungen auszubringen? An all diese Folgerungen denken Frankreich und England selbstverständlich nicht und deshalb (!) vermöchte Deutschland auch nicht auf eine solche Verknüpfung und Verknüpfung des Rheinlandes mit rußlandfeindlichen Plänen einzugehen.“

Diese Sprache läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie ist eine direkte Aufforderung an den Weltimperialismus, dem deutschen Trustkapital den Preis zu zahlen, der eine reelle Entschädigung für den Wert der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion bietet. Dann

leicht dem Anschluß der deutschen Bourgeoisie an die Kriegsfrent gegen die Sowjetunion nichts im Wege!

Welche Stellung nimmt dazu die Sozialdemokratie ein? Sie ist bereit den Vorschlag Chamberlains ohne die Vorbehalte der hinter der Kölnischen Zeitung stehenden Kreise der deutschen Industrie, besonders der Exportindustrie anzunehmen und auf das „Koppel- und Kuppel“-Geschäft einzugehen. Das ist der einzige Unterschied.

Die Kölnische Zeitung alarmiert. Sie alarmiert die Bourgeoisie gegen die Gefahr eines Geschäftes, das in dieser Form nicht im Interesse der deutschen Bourgeoisie stehen würde. Auch die deutsche Arbeiterschaft muß alarmiert werden. Aber nicht gegen die Gefahr eines schlechten Geschäftes für die Ausbeuter, sondern gegen die Gefahr, daß in den Geheimverhandlungen in Lugano die Eingliederung Deutschlands in die Kriegsfrent gegen die Sowjetunion weitere Fortschritte macht. Gegen den verbrecherischen Plan eines Schachers Räumung gegen Rußland, wie gegen die weiteren Pläne der deutschen Bourgeoisie sich zu besseren Preisen zu verkaufen, gilt es mit gleicher Wachsamkeit und gesteigerter Energie die werktätigen Massen zu mobilisieren.

Giftgasdebatte im Reichstag

Sensationelle kommunistische Enthüllungen über Deutschlands Geheimrüstungen

Berlin, 11. Dezember. (Eigener Bericht.)

Der Reichstag hat seine Beratungen wieder aufgenommen. Als erster und wichtigster Tagesordnungspunkt stand heute der Entwurf eines Gesetzes über das Genier Protokoll wegen Verbot des Giftkrieges zur Debatte. Das Protokoll wurde bereits am 17. Juni 1925 geschlossen, von 43 Staaten unterzeichnet, darunter von 8 Regierungen ratifiziert. Der Reichstag soll der deutschen Regierung die Genehmigung zur Ratifizierung geben.

Die Regierung hielt es nicht für notwendig, zu dem Gegenstand einen Vertreter sprechen zu lassen. Auch die Regierungsparteien zogen es vor, zu schweigen. In den drei Jahren seit Beschluß des Vertrages hat sich ja für jedermann bereits deutlich der beachtliche Charakter dieses Protokolls entpuppt.

So blieb es nur den Kommunisten vorbehalten, nicht nur die einzelnen Bestimmungen dieses Genier Protokolls zu besprechen, sondern auch in aller Ausführlichkeit die gesamte Völkerbundarbeit, die Aufstellungspolitik der Imperialisten und die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion aufzuzeigen. Dies war besonders wichtig in einer Situation, in der die Völkerbundspolitiker aller Schattierung versuchen, die Augen der

Werkstätigen auf die Verhandlungen in Lugano zu lenken und ihnen erneut Friedensphrasen aufzutischen.

Genosse Stöcker

sprach für die Kommunisten, nachdem zuvor mit Hilfe der Sozialdemokraten die Redezeit auf nur eine halbe Stunde beschränkt wurde, obgleich bekannt war, daß nur die Kommunisten und eventuell noch die Nationalsozialisten zur Debatte sprechen würden.

Die bürgerlichen Abgeordneten wie auch die Sozialdemokraten und die Presse glaubten in der bisher üblichen Weise der Rede eines Kommunisten zu begegnen. Ein großer Teil glänzte durch Abwesenheit. Was geht sie Giftgas an, wenn in den Restaurationsräumen gerade das Mittagessen serviert wird. Und die Journalisten haben ja von noch höherer Warte den Auftrag nur 10-15 Zeilen zu berichten. Aber diesmal sollte es anders kommen.

Schon die Aufmerksamkeit auf die vollbesetzten Tribünen verriet, daß das Problem des Giftgaskrieges trotz der Schweigekarte aller Parteien doch von den breiten Massen der Bevölkerung immer mehr gestellt wird. Als Genosse Stöcker dann von den Geheimrüstungen der deutschen Bourgeoisie sprach, spitzten auch die sogenannten „Aufpasser“ der Fraktionen immer mehr die Ohren. Es kamen Zwischenrufe bekannter Art wie „Rußland“, „Schwindel“, auf die jedoch der kommunistische Redner treffend einging. Als dann die Zwischenrufe „Schwindel“ nicht verstummten wollten, kam der Clou der heutigen Reichstagsitzung: Drei Genossen der kommunistischen Fraktion schlepten eine Granate auf den Tisch des Hauses. Ein Genosse entfaltete ein Plakat, auf dem in großen Lettern weithin sichtbar stand: „Nur ein Fall der deutschen Geheimrüstungen. Eine Granate von 100 000 aus der Schichtammer (Elbing)“. Ein Tumult brach aus. Abgeordnete drängten sich zum Tisch. Doch im Nu hatte ein Genosse die Granate wieder gepackt, um sie wieder hinauszutragen, da Stöcker rief: „auf dem Tisch des Hauses“

Die Granate der Schichtammer-Werke



Verbindlichkeitserklärung oder neuer Schiedspruch?

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Reichsarbeitsministerium wird sich wahrscheinlich noch heute entscheiden, ob es den Schiedspruch für die mittel- und westdeutsche Textilindustrie für verbindlich erklärt oder einen neuen Schiedspruch fällt, der eine noch kleinere Lohnserhöhung vorsieht.

In Dresden findet heute eine Konferenz des Textilarbeiterverbandes statt, die zu dem Schiedspruch in der ostdeutschen Textilindustrie Stellung nimmt. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der Schiedspruch von der Konferenz abgelehnt wird. Sicher ist aber auch, daß die Führung des Textilarbeiterverbandes nichts unternehmen wird, um die Arbeiterschaft zum Kampf gegen diesen erbärmlichen Schiedspruch aufzurufen. Die Führung des Textilarbeiterverbandes hofft zunächst noch immer darauf, daß nach dem Scheitern der Nachverhandlungen in Berlin, der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für Westachsen für verbindlich erklären werde. Die DTA-Bureaucratie hofft damit am besten aus dieser unliebsamen Lage herauszukommen. Ob jedoch die Verbindlichkeitserklärung erfolgen wird, bleibt immerhin noch fraglich. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß das Reichsarbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren einleitet, bei dem ein Schiedspruch gefällt wird, der sowohl in bezug auf die Lohnhöhe als Situationsdauer den Unternehmerforderungen noch mehr entgegenkommt. Die Textilgewal-

tigen haben alle Vorbereitungen getroffen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Reformisten, die bisher immer nur davon gesprochen haben, daß die Unternehmer keine Courage zur Aussperrung hätten und nur blaffen wollten, sind jetzt ziemlich perplex darüber, daß die Unternehmer ernst machen und die Aussperrung vorbereiten. Die Unternehmer haben in den letzten Wochen in ihren Betrieben mit Hochdruck, Überstunden und Doppelschichten arbeiten lassen. Sie haben durch die Schuld der Reformisten, die auf jedem Fall einem Kampfe aus dem Wege gehen wollten, eine verhältnismäßig günstige Situation für die Austragung des Kampfes erreicht. Sie wollen deshalb unter allen Umständen die Lage ausnutzen und die Aussperrung vornehmen.

In dieser Stunde, wo Hunderttausende von Textilarbeitern vor dem Kampfe stehen, wenden wir uns an die Gesamtarbeiterschaft. Der Kampf wird zweifellos einer der größten und erhitzeften Kämpfe werden, die jemals in Deutschland stattgefunden haben. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß deshalb auf den Plan treten. Der Lohnabbau, der den Textilarbeitern aufgezwungen werden soll, ist die Fortführung der Generaloffensive des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft, die von den Arbeitern in ihrer Gesamtheit zurückgeschlagen werden muß. Ein Sieg der Textilarbeiter ist deshalb zugleich ein Sieg der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Für diesen Kampf gilt es deshalb alle revolutionären Kräfte zu mobilisieren.